

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/45

8. März 1971

Es geht um die Glaubwürdigkeit

---

Kritische Aussage über die kritische Jugend

Von Dr. Heinz Kreuzmann SPD-MdB

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Offen auch nach Oster hin

---

Stellung und Aufgaben eines Europäischen  
Jugendwerks

Von Rudolf Hauck SPD-MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 3 und 4 / 91 Zeilen

Nichtstun ist keine Politik

---

Abgrenzung gegen die Kalten Krieger

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 896 846/896 847/  
886 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Es geht um die Glaubwürdigkeit

Kritische Aussage über die kritische Jugend

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB

Die junge Generation des Jahres 1970 ist eine andere als die vor 20 Jahren. Die jungen Menschen der 50er Jahre waren in vielem ein Abklatsch der damaligen Eltern-Generation, die nach den harten Kriegsjahren mit ihren bösen Folgen etwas werden, verdienen und ihre Ruhe haben wollte. Ihre Idealberufe waren der Professor, der Arzt und vor allem der Beamte. Passionsberechtigung zum frühestmöglichen Zeitpunkt war das Lebensideal. Diese junge Generation von damals tendierte vielfach zur CDU. Das Europa Adenauerscher Prägung war ihr Ideal. Sie war pragmatisch und überwiegend in erschreckendem Maße unpolitisch. Dem Staat überließ sie der Regierung. In der Zeit Konrad Adenauers sollte das Volk nur mitreden, soweit es unumgänglich war. Es störte weite Kreise der Bevölkerung nur wenig, daß damit die Demokratie auf recht schwachen Beinen stand.

Die junge Generation des Jahres 1970/71 ist eine andere. Sie hat nicht mehr die Maßstäbe der ersten Nachkriegszeit, in denen auch noch der kleinste Schritt nach vorn, gemessen an dem, was war, als ein großer Fortschritt empfunden wurde. Sie sieht nur das, was nicht erreicht erreicht worden ist. Das beginnt bei der Misere der Hochschulen, in denen man trotz eines schleichenden numerus clausus seit Kriegsende erst 1958 mit den ersten Neugründungen bechnen hat und schließlich auf Drängen der SPD in den Gesetzen über die Gemeinschaftsaufgaben auch auf Bundesebene aktiv wurde. Das geht weiter über die auch erst mit dem Eintritt der SPD in die Regierungsverantwortung in Angriff genommene Aus- bildungsförderung und Berufsförderung. Und das dehnt sich hin bis zu den Problemen der gespaltenen Nation, die sich immer mehr zu unseren Ungunsten verschoben haben. Diese vielfach in Eltern- haus verwöhnt und überzogen aufgewachsene Generation sieht nicht, was an Leistungen in den vergangenen Jahren geschaffen worden ist,

sie sieht nur die Versäumnisse, und hier vor allem jene, die einschneidend in den eigenen individuellen Lebensbereich eingreifen.

Hier scheinen wir die Ursachen für das Aufbegehren eines wesentlichen Teils der jungen Menschen zu liegen. Dieses Aufbegehren ist doch nicht nur auf eine Partei begrenzt, es geht quer durch die Fronten aller Parteien und Organisationen, oft selbst in ganz unpolitische Bereiche hinein. Es sind meist nur kleine aktive Gruppen, die die Ursache verbreiten. Aber die sogenannte schweigende große Mehrheit duldet sie, weil sie ihrer Dialektik nicht gewachsen ist und weil sie in ihnen ein Mittel sieht, die eigene Frustration abzureagieren. Daß die meisten Hilfsmittel, die von diesen jungen Doktrinären angeboten werden. Modellen sind, die die mittlere und ältere Generation schon längst als unbrauchbar auf dem Verkehr gezogen hat, daß ihre außerpolitischen Rezepte, mit denen sie glauben, anders um Jahrzehnte voraus zu sein, nichts anderes als eine Kapitulation vor der Dynamik anderer und eine Preisgabe der eigenen Position und Überzeugung ist, verkommen sie in ihrer Verliebtheit in den eigenen Fortschritt-Fetisch total. Andere fallen auf sie herein, weil sie in den Besuchen, die junge Generation integrieren zu wollen, ihre Sprache nachrechnen und unweklich über die Grenzen gezogen werden, die sie gar nicht überschreiben wollen. In der Jugend eben reflektieren sie, weil sie zwar richtige Probleme ansprechen, wobei aber vielfach nicht erkannt wird, daß ihre Theorie die Idee, den Sozialist als den Endzweck auszuheben.

Es gilt den Akteuren dieser Politik daher unter allen Umständen deutlich zu machen, wo die Grenzen sind. Wandlung unserer Gesellschaftsform - denn, wo einseitige Vermögensbildung, wo die Umwandlung wirtschaftlicher in politische Macht gegeben ist ja, aber Staatskapitalismus: nein. Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn: ja, tausendmal ja, aber keine Unterwerfung unter ein Diktat auf Kosten unserer Freiheit. Und das und nichts anderes geht es bei den Auseinandersetzungen mit Teilen der Jungsozialisten, nämlich jenen, die mit ihren Aussagen und Erklärungen die Glaubwürdigkeit der SPD in Frage stellen. (-/ox/8.3.1971/bgy)

Offen auch nach Osten hin

Stellung und Aufgaben eines Europäischen Jugendwerks

Von Rudolf Hauck SPD-MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
Jugend, Familie und Gesundheit

Der Gedanke, ein Europäisches Jugendwerk zu schaffen, ist bereits mehr als sieben Jahre alt. Schon bei der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks entstanden, hat er seither die Köpfe und Gemüter vieler Vertreter freier Organisationen und der Politik bewegt. Das Memorandum des Deutschen Bundesjugendrings für ein Europäisches Jugendwerk legt hierüber ein bezeichnendes Zeugnis ab: Aus der Fülle der Initiativen erwähne ich nur an den ersten von der SPD-Fraktion vorgelegten Antrag auf Schaffung eines Europäischen Jugendwerks im Bundestag am 22. Januar 1964 und an den Entschließungsantrag, den der jetzige Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Strobel, als Abgeordnete des Europäischen Parlaments diesem am 24. Januar 1966 mit dem gleichen Ziel vorgelegt hat. Doch die Zeit war offenbar noch nicht reif für ein Europäisches Jugendwerk. Das Herabsteigen von Wert internationaler Jugendbewegung als Teil politischer Jugendbildung und auswärtiger Kulturpolitik wurde erst langsam bei den meisten Regierungen unserer Nachbarstaaten. Noch 1968 subsidierte eine von der damaligen Bundesregierung geplante Konferenz zu ersten Gesprächen über ein Europäisches Jugendwerk an dem mangelnden Interesse einer Reihe von europäischen Staaten. Erst die Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt, in der zum ersten Mal ein deutscher Regierungschef den Wunsch der Bundesregierung auf Schaffung eines Europäischen Jugendwerks eindringlich zum Ausdruck brachte, verleiht der Idee neue Impulse. Bereits wenige Wochen nach seiner Konstituierung, im Januar 1970, hat der Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit ausführlich über das Europäische Jugendwerk beraten und Sachverständige angehört. So wird das Projekt seit Amtsantritt der neuen Bundesregierung auf deutsche Initiative intensiv in den zuständigen Gremien des Europarats diskutiert. Inzwischen liegt dem Ministerkomitee des Europarats ein Statutenentwurf vor, zu dem auch Jugendorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene ihre Stellungnahmen abgegeben haben, zuletzt auf der Europäischen Jugenddelegiertenkonferenz in München.

Nach weiner Überzeugung verfolgt der Entwurf ein richtiges Konzept. Er stellt den Versuch dar, über die Sechsergemeinschaft hinweg auf der breitestmöglichen europäischen Plattform ein Europäisches Jugendwerk zu gründen, in dem Jugendvertreter mitbestimmen können. Bei der Vielfalt nationaler Jugendförderung und ihrer Strukturen ist dies ein schwieriges Unterfangen und setzt die Bereitschaft zu Kompromissen auch von deutscher Seite voraus. Die beispielhafte Förderung internationaler Jugendbewegung aus dem Bundesjugendplan und nicht zuletzt durch das Deutsch-Französische Jugendwerk kann nicht allein zum Maßstab genommen werden.

Erwartungen und Wunschvorstellungen, die sich hierin knüpfen, führen in die falsche Richtung. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Funktion als auch die finanzielle Größenordnung des Europäischen

### Jugendwerks.

Ebensowenig wie man heute bilaterale Kulturabkommen durch die Europäische Kulturkonvention ersetzen kann, können bilaterale Vereinbarungen zur Förderung des Jugendaustauschs von einem Europäischen Jugendwerk ersetzt werden. Das Jugendwerk soll vielmehr die Aufgabe haben, europäische Jugendveranstaltungen zu fördern, insbesondere solche der europäischen Jugendorganisationen. Daneben steht zu Recht die Förderung von Jugendsozialdiensten und die Information der Jugend im Vordergrund.

Bei allem muß das Europäische Jugendwerk offen sein für die ost- und südosteuropäischen Staaten. Dies ist eine wesentliche Vorbedingung für meine Fraktion. Die Anlehnung an den Europarat ist daher wegen der gebotenen Möglichkeiten einer erleichterten Institutionalisierung nur akzeptabel, wenn sie die Offenheit nach Osten garantiert.

Nach meinen Vorstellungen sollten Jugendliche aus diesen Staaten in angemessenem Umfang auch dann an vom Europäischen Jugendwerk geförderten Veranstaltungen teilnehmen können, wenn diese Staaten noch nicht Mitglied geworden sind. Es muß in geeigneter Weise sichergestellt werden, daß ein Anreiz zum Erwerb der Mitgliedschaft erhalten bleibt. Natürlich setzen solche erstrahnten Kontakte auch die Bereitschaft der osteuropäischen Staaten voraus, ihre Grenzen durchlässiger zu machen.

Nach dem Statutenentwurf hat das Europäische Jugendwerk als Institution zur Förderung der europäischen Jugendarbeit das Ziel, in den jungen Menschen aller europäischen Länder das Bewußtsein zu vertiefen, daß sie als Europäer heranwachsen und mitverantwortlich für die Gestaltung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung sind. Nach meinem Eindruck ist der Begriff "Nation" für die heutige junge Generation bereits veraltet; ihre Vertreter fühlen sich eher als Europäer oder gar als Weltbürger. Einige mögen diesen weitgehenden Verlust des Nationalbewußtseins beklagen. Für mich ist es ein positives Faktum angesichts der verheerenden Folgen übersteigerten Nationalbewußtseins in unserer Vergangenheit. Doch wichtiger erscheint mir der Aufruf zur Mitverantwortung für eine dauerhafte europäische Friedensordnung. Dies ist ein Appell an das gemeinsame Engagement zur Lösung der Probleme beizutragen, die unsere friedliche Zukunft bedrohen. Hierzu zählen der Abbau der Spannungen Europas ebenso wie der Hunger in der Dritten Welt und der Schutz unserer Umwelt.

Als Förderungswerk, das für die Jugend und mit der Jugend verwirklicht werden soll, hängt der Erfolg des Europäischen Jugendwerks entscheidend davon ab, inwieweit die verantwortlichen Träger der europäischen Jugendarbeit (Jugendorganisationen und Institutionen der Jugendbildung) und die Jugendlichen selbst diesem Appell Folge leisten. Ihrer Phantasie und Aktivität ist es überlassen, das Europäische Jugendwerk mit Leben zu füllen. (an/8.3.1971/ra)

### Nichtstun ist keine Politik

#### Abgrenzung gegen die Kalten Krieger

Ginge es nach dem Willen des hessischen CDU-Vorsitzenden Dr. Alfred Dregger, Rechtsraufen seiner Partei und nach eigenem Eingeständnis in den wichtigsten Fragen Seite an Seite mit Franz-Josef Strauß, dann müßten sogar die bescheidensten Ansätze einer aktivierten Ostpolitik aufgegeben werden, die in Zeiten der Großen Koalition unter der Kanzlerschaft Kurt-Georg Kiesingers entwickelt worden waren. Demals sprach Kiesinger vom Recht des leidgeprüften polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, von der Bereitschaft zur Ausöhnung und auch davon, daß man auf Wunder nicht warten dürfe. Eben diesen Wunderglauben kultiviert der in der Parteihierarchie mächtig nach vorn drängende CDU-Chef aus Hessen, wenn er der Brandt/Scheel-Regierung vorwirft, sie habe mit ihrer Ostpolitik die Möglichkeit aufgegeben, "daß auch die mittel- und osteuropäischen Völker einmal frei werden". Wenn dieser Satz überhaupt einen Sinn haben soll, dann doch nur den, daß die Bundesregierung von jeder Ostpolitik Abstand nehmen und solange Warte warten müssen, bis sich im östlichen Bereich Regime-Wandel ergeben. Dregger befürwortet also das ostpolitische Nichtstun, er sehnt sich zurück in die Zeit des Kalten Krieges, er predigt die Politik totaler Sterilität, obwohl er sich dabei auf die Zeit als Bundesgenossen wehrlich nicht berufen kann. Das kommt einer Bankrott-Erklärung gleich, abgegeben von einem Mann, der gewiß nicht Knechtzugs-Erwartungen unterstellt werden sollen.

Wie anders hören sich da die nüchtern-realistischen Einsichten des Vorsitzenden des Arbeitskreises für Ost- und Deutschlandpolitik der CDU-Sozialausschüsse, Klaus-Dieter Zemin, an. Zwischen ihm und einem Dregger liegen Welten. Zemin bejaht den Gewaltverzichts-Vortrag mit Koschus und den Grenzvertrag mit Polen,

weil sie notwendige Beiträge für die Entspannung in Europa seien und nichts prälegen, was nicht schon längst verloren worden sei. Zentrale ist hier der Kern der jetzigen Ostpolitik getroffen. Sie ist Ausdruck des Bemühens, endlich auch mit unseren östlichen Nachbarn, wie es mit unseren westlichen Nachbarn geschah, ins Reine zu kommen, den Schlussstrich unter eine schreckliche Vergangenheit zu ziehen und einen neuen Anfang zu setzen, der den Völkern die Furcht voneinander nimmt und ihre Energien auf die Werke des Friedens konzentriert. 26 Jahre nach Kriegsende war die Zeit dafür überreif. Das empfindet auch die große Mehrheit unseres Volkes. Sie sieht in den Ostverträgen unerlässliche Bausteine auf dem mühevollen Weg zu einer gesicherten europäischen Friedensordnung. Sie fühlt gewiss nicht von Himmel, und zu ihrer Verwirklichung bedarf es des Mutes, der Kühnheit, der Beharrlichkeit und nie erlahmenden Geduld. Ein rückwärtsgekehrter Blick kann nur den Weg versperrern.

Die Zukunft und ein besseres Verhältnis mit unseren östlichen Nachbarn haben auch die Vertreter des Reichstages der Kriegsbeschädigten und des sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen im Auge. Sie haben in diesen Tagen enge Zusammenarbeit vereinbart und sich auf die gemeinsame Teilnahme an der 50. Jährestagung in Rom eingelebten ersten gesamteuropäischen Konferenz der Kriegsoffiziere geeinigt. Wer anders ist mehr befugt, Brücken zwischen den Völkern zu schlagen, um Verständnis zu wecken und die Stämme der Verlehnung zu heben, als die Überlebenden der Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges? Sie haben den Haß überwunden und im Frieden das höchste Gut aller Völker erkannt.

(ew/ee/3.2.1971/ks)